

Schreiben.

Genf, Sonntag, 6. Juli 1917.

Herr Bundesrat,

Indem ich meinen Standpunkt in der durch die französisch-englische Einladung aufgeworfenen Frage kurz zu präzisieren suche, möchte ich folgende Auffassung vertreten:

Die Einladung sollte in Übereinstimmung zu der bereits öffentlich abgegebenen Erklärung des Bundesrates und unter Erwähnung dieser Erklärung angenommen werden. Im Falle einer Absage ist mehr zu verlieren als zu gewinnen.

Natürlich muss immer an den eminent politischen Aspekt der Frage gedacht werden, grösste Aufmerksamkeit und Hellsicht wird jetzt, wie in den nächsten Jahren, im Laufe der Entwicklung dieses Vorganges vonnöten sein. Aber man muss es in jeder Weise vermeiden, von diesem politischen Aspekt zu sprechen, weil dadurch die international zur Diskussion stehenden Thesen zu Gunsten der einen Seite entschieden würden. Aus diesem Grunde scheint mir, empfehle es sich, nur den unserer Tradition entsprechenden Aspekt der ökonomischen Solidarität der europäischen Völker und den schweizerischen Solidaritätswillen zu erwähnen. Den Begriff der "Neutralität", von welcher der Begriff "Konflikt" untrennbar ist, sollte man in diesem Zusammenhang möglichst vermeiden. In einem Antwortschreiben lassen sich gewisse Reserven anbringen, der Umstand der offiziellen Bekanntgabe des schweizerischen Kooperationswillens, vor dem Ergebnis der Pariser Dreier Konferenz und dem Ausscheiden Russlands, kann durch eine nachträgliche Bemerkung des Bedauerns über dieses Ausscheiden verstärkt werden.

Vorerst erstauntemich der Zustand, dass die Vereinig-

Herrn Bundesrat E. Petitpierre,  
Vorsteher des Eidl. Politischen Departements,

B e r n .

- 2 -

ten Staaten das System der "individuellen" Hilfe an die europäischen Staaten aufgeben, erlaubte ihnen doch dieses System von ihren Partnern weitergehendere und präzisere Konzessionen im gewünschten Sinn zu erreichen. Vielleicht fürchtete die amerikanische Regierung, einmal, eine Verschleuderung der gesuchten Aufwendungen durch das europäische Chaos, sodann, Unverständnis des amerikanischen Volkes, da eine totale Durchführung individueller Sanierungen in Europa eine grosse Belastung bedeutete. Sicherlich bedeutet dagegen eine klare Koordination der europäischen Bedürfnisse eine ganz beträchtliche Einsparung. Es handelt sich darum, Ordnung zu schaffen, aber gerade in diesem Bestreben liegt der sicher vorhandene, aber womöglich nicht zu erwähnende politische Kernpunkt: Sowjet-Russland kann diese Ordnung nicht wünschen! Ob sie Frankreich, vor allem im Hinblick auf das Deutsche Problem wirklich wünscht, bleibe dahingestellt.

Die Entwicklung, welche zur Bekanntgabe des Marshall'schen Vorschlags führte, mag durch die klare Feststellung des Versagens der "Internationalen Bank für den Wiederaufbau" beschleunigt worden sein, ihre Wirksamkeit wurde durch die starke Zurückhaltung, welche die amerikanischen Finanzkreise gegenüber der Ausgabe ihrer Obligationen zeigten, stark in Frage gestellt.

Von heute an weiss niemand, wo der Gedanke einer Vereinigung Europas, oder der teilweisen Einigung dieses alten Kontinents, zum Stillstand kommt. (Ich erwähne in dem Zusammenhang den Vorschlag, welchen Churchill im Notsonner oder besser Frühjahrsende 1940 an Paul Reynaud machte, damals schlug er die Vereinigung Englands und Frankreichs in einem einzigen Staatsgebilde vor.) Blockbildungen brauchen nicht Absicht zu sein, um entstehen zu können, die Macht der in Bewegung gesetzten Umstände kann Blockbildungen ver-

- 3 -

erlassen. Dies muss zum Verständnis des russischen Votums beitragen.

Auf den ersten Blick hin scheint die Gefahr von tiefgehenden und unmittelbaren Störungen der schweizerischen Wirtschaft infolge unseres Beitrittes nicht. Die Struktur unserer Wirtschaft entspricht den Voraussetzungen einer europäischen Zusammenarbeit. Niemand kann uns ein Streben nach Autarchie vorwerfen, wir verwandeln Rohmaterial oder halbfertige Artikel in Qualitätsprodukte, die für die Ausfuhr bestimmt sind. Wir fabrizieren vor allem Artikel, deren die europäischen Länder dringend bedürfen. Merkwürdig ist, dass einer der Hauptbefürworter der Konferenz, Frankreich, eine überentwickelte Luxusindustrie besitzt, und dass Frankreich, in einer nur viel geringeren Masse als wir selbst, zum europäischen Wiederaufbau beitragen kann.

Aus diesen Voraussetzungen der schweizerischen Wirtschaft ergibt sich, dass unser Land seit Kriegsende und heute den europäischen Bedürfnissen bereits aufs Stärkste entgegenkommt und dass niemand dieses Entgegenkommen unterschätzen kann, wenn es zu systematischer Organisation der europäischen Oekonomie schreitet. Ich halte unsern Beitrag für notwendig, und ich sehe nicht, warum er uns in Zukunft stören sollte. Es ist klar, die industriellen Grossmächte Europas, die jetzt mit dem raschen Wiederaufbau ihrer Produktion beschäftigt sind, werden die Gefahren einer Ueberproduktion, die ein solches Programm mit sich bringt, nicht aus dem Auge lassen. Aber unsere industrielle Tätigkeit ist, durch die Natur der Dinge, so sehr auf Spezialisierung angewiesen, so sehr an der grossen Serienfabrikation verhindert, so sehr durch die hohen Kosten seiner Produktionsmittel gehemmt, so sehr durch die Enge des nationalen Marktes eingeschränkt, dass die Gefahr einer Konkurrenzierung der ausländischen

- 4 -

Produktion durch die Schweiz eine sehr geringe ist. Nicht zufällig ist es, dass eine grosse Zahl unserer Industrien ein industrielles Monopol oder ein Quasi-Monopol besitzen.

Somit, das Ausland hat uns nötig, genau in dem Masse, in dem wir ökonomisch das Ausland nötig haben. Das Prinzip unserer Mitarbeit ist somit unvermeidlich vorhanden.

Wir brauchen Kohle, das ist eine unserer Grundbedingungen, andere Rohstoffe, Nahrungsmittel. Jede Verspätung in der Rohstofflieferung hätte bei uns die grössten Störungen zur Folge. Um die Beziehung zwischen unsern Exporten und Importen zu verändern, müssten die schweizerischen Arbeitslöhne gesenkt werden. Das würde ein Zwangsregime voraussetzen, das dem natürlichen Spiel der ökonomischen Gesetze verderblich wäre und welches ebensosehr im Gegensatz zu den allgemeinen Zusicherungen der französisch-englischen Einladung als zu unserer institutionellen Organisation stehen würde, auch scheint es, dass die Befürworter des Marshall-Vorschlags die ersten sein müssten, welche eine Veränderung dieser Einrichtungen wünschen sollten. Es wird dabei ein leichtes sein, nachzuweisen, dass die schweizerische Wirtschaft besonders sparsam ist und dass in ihr keine Verbrauchsgüter verschleudert werden. Eine gewisse Einschränkung unserer Importe im Verhältnis zu unserem Export, falls man es vermeiden will, den Export in ganz kurzer Zeit zu schädigen, würde sich nur im Gebiet des Gebrauchs von Luxusgütern auswirken können, und das Einführen solcher Güter in die Schweiz schädigt kein europäisches Land. Länder wie Frankreich sind darauf aus, Luxusgüter an zahlungskraftige Märkte im Tausch gegen Gebrauchsgüter zu lie-

- 5 -

fern. Die Qualität der schweizerischen Produktion bedingt das Niveau der schweizerischen Saläre, diese die Qualität des Arbeiters, und seine Qualität die Spezialisierung des schweizerischen Industrieschaffens, durch welche Konkurrenz mit ausländischer Produktion vermieden wird. Jeder Kredit auf dem Gebiet der schweizerischen Produktion, welcher dem Ausland eröffnet wird, muss, falls er das in den seit Kriegsende abgeschlossenen Handelsverträgen beibehaltene Mass überschreitet, notwendigerweise zu einer Störung der äusserst delikaten schweizerischen Wirtschaft führen. Dadurch aber würde wiederum das Interesse an einer schweizerischen Mitarbeit im Rahmen der bewussten Organisation wertlos!

Wenn ich das Gesagte zusammenfasse, und unter der Voraussetzung, dass die nötige politische Vorsicht gewahrt wird, kann ich nicht sehen, wodurch das Mitmachen in der neuen Organisation unsere ökonomischen Voraussetzungen tiefgehend beeinflussen sollte. Wir sind sehr anpassungsfähig. Falls die von Marshall vorgesehenen Vereinfachungsbestrebungen gelingen sollten, wäre der einzige Unterschied zum bisherigen Zustand, dass wir mit weniger Partnern als bisher zu tun hätten. Was unsere Belieferungen mit Rohmaterialien anbetrifft, so ist es sogar möglich, dass unsere Lage durch die Wiederherstellung der Ordnung bei unsern Lieferanten verbessert würde. Natürlich müssen wir uns jegliche Form der Handelsbeziehung mit Staaten, welche nicht beitreten, als unser selbstverständliches Souveränitätsrecht vorbehalten.

Das Opfer, das man vielleicht von uns verlangen wird, muss nach diesen Ueberlegungen höchstens unter einem finanziellen Aspekt zu Tage treten. Man wird, so darf man hoffen, von uns keine unmögliche Produktionsleistung

- 6 -

verlangen, höchstens die vorübergehende Einstellung gewisser Schuldforderungen, zu denen wir berechtigt sind, und zwar zu Gunsten europäischer Länder, deren Produktionsmöglichkeit nicht voll ausgenützt ist.

Der Zusammenhang des uns gestellten Problems mit Bretton Woods müsste nicht ausser Acht gelassen werden.

Dies wären einige Gedanken zu den durch die französisch-englische Einladung vom 4. Juli aufgeworfenen Fragen.

Gesehnigen Sie, Herr Bundesrat, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Carl J. Burckhardt